

Die Landtagswahlen im Burgenland 2010 und die standortpolitischen Folgen

Politische Analyse und Empfehlungen für Unternehmen

Alexandra Siegl, Peter Hajek, Walter Osztovcics

14. Juni 2010

Inhalt

Ergebnisse der Landtagswahlen	2
Analyse der Kampagnen	3
Politische Szenarien für Bund und Land	6
Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen	9

Alle nachfolgenden auf Personengruppen bezogenen Formulierungen verstehen sich als geschlechtsneutral.

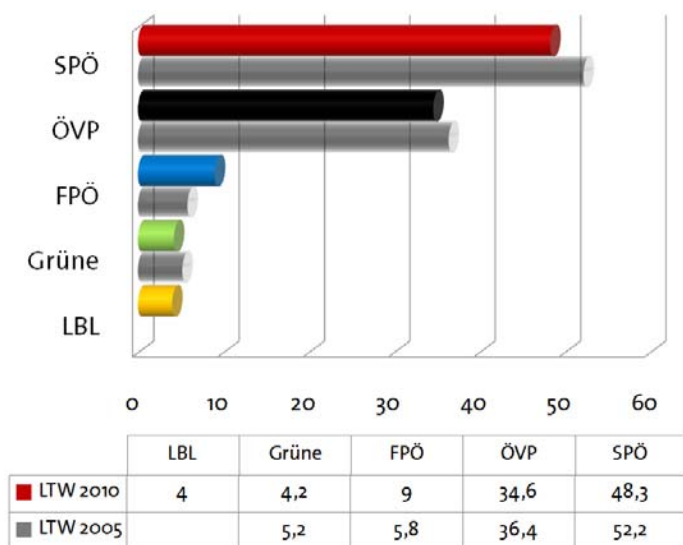
Kovar & Köppl Public Affairs Consulting GmbH
1010 Wien, Dorotheergasse 7, Österreich
T: +43 (1) 522 9220, F: +43 (1) 522 92 20-22
office@publicaffairs.cc, www.publicaffairs.cc

Peter Hajek Public Opinion Strategies GmbH
1010 Wien, Dorotheergasse 7, Österreich
T: +43 (1) 513 2200, F: +43 (1) 513 2200-60
office@peterhajek.com, www.peterhajek.com

Ergebnisse der Landtagswahlen

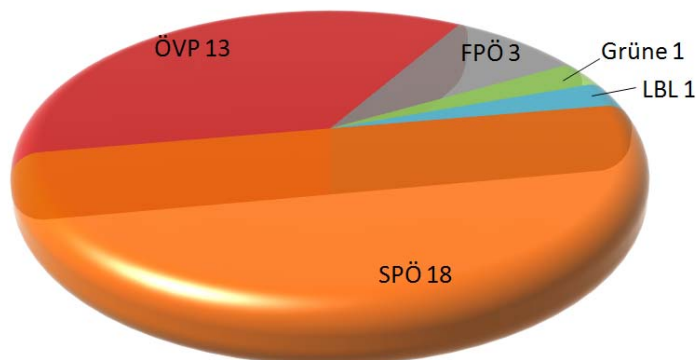
Der Wahlkampf wäre vermutlich anders verlaufen, hätte Innenministerin Maria Fekter nicht die südburgenländische Gemeinde Eberau für ein neues Asyl-Erstaufnahmezentrum auserkoren. Als das Vorhaben im frühen Wahlkampf publik wurde, folgte ein Aufschrei der Betroffenen sowie all jener Parteien, die nicht in die Causa verwickelt waren (mit Ausnahme der Grünen). Die Burgenländische ÖVP – sowohl die Partei der Innenministerin als auch jene des Bürgermeisters von Eberau, der dem Vorhaben bereits zugestimmt hatte – wurde von den Ereignissen überrollt. Landeschef Steindl versuchte, sich von seinem Eberauer Parteikollegen zu distanzieren. Ministerin Fekter bestand anfangs auf dem Projekt, versuchte in weiterer Folge mit einem Ausgangsverbot für eine bestimmte Zeit Kritiker zu besänftigen und stellte schlussendlich fest, dass eigentlich gar kein Bedarf für ein neues Asylzentrum gegeben sei. Das nachträgliche Taktieren konnte jedoch nicht verhindern, dass die Asylpolitik und das Thema Sicherheit insgesamt im Wahlkampf eine große Rolle spielten und der Landes-VP schaden. Erstaunlich ist eigentlich nur, dass die Auswirkungen vergleichsweise glimpflich ausfielen: Die VP Burgenland landete zwar auf einem historischen Tiefstand, dieser lag jedoch mit 34,6% nur um 1,8 Prozentpunkte unter dem Ergebnis von 2005.

Die SPÖ verlor ebenfalls und schlitterte mit einem Ergebnis von 48,3% knapp an der absoluten Mehrheit vorbei.



Die burgenländische FPÖ war die einzige Partei, die im Vergleich zum letzten Urnengang Zugewinne verbuchen konnte. Diese waren jedoch zu erwarten gewesen, befand sich die Partei doch 2005 unmittelbar nach der Spaltung des rechten Lagers in der Talsohle. Mit einem Ergebnis von 9,0% konnte die Partei zwar um 3,2 Prozentpunkte aufstocken, liegt jedoch nach wie vor unter ihrem Wählerpotenzial. Im Burgenland kamen die Freiheitlichen auch schon auf Anteile von knapp 15%, wie etwa 1996.

Für die Grünen wurde es wieder einmal „arschknapp“ (© Alexander van der Bellen). Erst nach Auszählung der Wahlkarten war der Einzug der Partei in den Landtag gesichert. Noch knapper schaffte das nur noch die Liste Burgenland (LBL), die mit einem Ergebnis von exakt 4,0% ins Plenum einzog. Für die Liste um den FPÖ-Dissidenten Manfred Kölly, der im Vorfeld wenig Chancen zugesprochen wurden, bedeutet das freilich einen großen Erfolg. Damit sind nun fünf Gruppierungen im burgenländischen Landtag vertreten – zwei davon mit nur einem Sitz.



Analyse der Kampagnen

Das Metathema des burgenländischen Wahlkampfes war das Thema Sicherheit. Die burgenländische SPÖ sprang voll auf die Diskussion um das geplante Asylzentrum in Eberau auf, warf der ÖVP „Drüberfahren“ über die Menschen vor und organisierte eine Volksbefragung zum Erstaufnahmezentrum, bei der sich – nicht zuletzt durch die wenig differenzierte öffentliche Diskussion – eine überwiegende Mehrheit gegen das Zentrum aussprach.

Im Verlauf des Wahlkampfes sprach die Partei weitere Aspekte des Themas an, so zum Beispiel die Forderung nach einer Weiterführung des in die Kritik geratenen Grenzeinsatzes des Bundesheeres im Burgenland. Auch hier machte sich die Bundes-VP und wiederum insbesondere Innenministerin Fekter bei den burgenländischen Parteikollegen keine Freunde, indem sie ankündigte, dass die Entscheidung über die Verlängerung des Assistenzeinsatzes erst im Herbst (im Zuge der Budgetverhandlungen) fallen soll. Da dürfte sich dann doch den meisten Wählern das Kalkül dahinter erschlossen haben, umso mehr, als laut Umfragen die Mehrheit der Burgenländer eine Verlängerung des Assistenzeinsatzes wünschte – nicht zuletzt aufgrund des vielzitierten „subjektiven Sicherheitsgefühls“. Im Intensivwahlkampf wurde der gesamte Themenkomplex schließlich in ein Wort gegossen: So sollte das östlichste Bundesland zu einem „Sicherfühlland“ werden. Flankierend zum Themenkomplex Sicherheit sprach die SP-Kampagne auch die Themen Arbeit und Bildung an.

Generell war die Kampagne sehr auf Landeshauptmann Hans Niessl fokussiert, was sich nicht zuletzt im Wahl-Slogan „Wir Burgenländer wählen Hans Niessl“ ausdrückte. Damit wurde nicht nur ein Gemeinschaftsgefühl unter den Burgenländern erzeugt, sondern – wie das schon andere Bundesländer, etwa Niederösterreich, erfolgreich vorexerzierten – das Land mit dem Landeshauptmann verwoben. Hans Niessl wurde nicht als Spitzenkandidat einer Partei, sondern als Kandidat der burgenländischen Bevölkerung dargestellt. Und ein bisschen Hilfe erhoffte sich die Partei zu Recht auch vom neuen Vorzugsstimmen-Wahlrecht und dem dort festgelegten Prinzip „Vorzugsstimme sticht Parteistimme“. Die höchst eigenwillige Regelung besagt: Wenn jemand eine bestimmte Partei ankreuzt und zugleich eine Vorzugsstimme für den Kandidaten einer anderen Partei gibt (was im übrigen Europa als „ungültige Stimme“

qualifiziert würde), dann wird dieser Stimmzettel dem Vorzugsstimmen-Kandidaten zugesprochen. Die Wahlrechtsreform wurde von der Landes-SP im Dezember 2009 im Alleingang verabschiedet – 52.258 Vorzugsstimmen für Niessl (42% aller angekreuzten Vorzugsstimmen) beweisen die Wirksamkeit dieses Schachzugs.

Nach der Wahl warfen Kritiker der SPÖ vor, mit dem rechtspopulistischen Wahlkampf einen strategischen Fehler gemacht und Wähler vertrieben zu haben. Am linken Rand der Partei wird das auch bis zu einem gewissen Grad zugetroffen haben, andererseits konnten SP-Wähler der politischen Mitte bzw. Mitte-Rechts-orientierte Wähler erfolgreich gehalten werden. Für den Erfolg der Rechts-Öffnung spricht, dass die burgenländische FPÖ trotz der für sie ausgezeichneten Themenlage lediglich auf ein einstelliges Ergebnis kam. Und die Verluste der SPÖ an die FPÖ waren mit 3.000 Wählerinnen und Wählern gerade einmal auf demselben Niveau, wie die stimmenmäßige Abwanderung von der SPÖ zur ÖVP¹. Hätte die SPÖ der FPÖ das Thema Eberau alleine überlassen, hätte das Ergebnis wohl anders ausgesehen.

Die burgenländische ÖVP setzte auf Sachthemen abseits der Sicherheitsdebatte. Unter dem Hinweis „Worum es wirklich geht“ stellte Franz Steindl auf den Plakaten Forderungen auf wie „Nur wer besser wirtschaftet, schafft Arbeit“, „Fleißig sein muss sich lohnen“, „alle Jungen sollen eine Chance haben“ oder „statt Einfalt die Vielfalt forcieren“ (zum Thema Bildung).

Thematisch positionierte sich die Partei damit richtig. Den Themenkomplex Eberau bzw. Sicherheit zu umschiffen war unumgänglich, waren doch diverse ÖVP-Politiker, allen voran Maria Fekter an der Planung des Erstaufnahmезentrums beteiligt und den Wahlkampf hindurch der Reibebaum von Hans Niessl. Mit „besser wirtschaften“ setzte die VP-Kampagne auf ein vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise für die Wähler entscheidendes Thema, bei dem die ÖVP traditionell als kompetent wahrgenommen wird. Und mit dem Slogan „Fleißig sein muss sich lohnen“ griff die Landespartei das von Josef Pröll seit einigen Monaten getrommelte Thema „Leistungsgerechtigkeit“ auf, ein dankbares Thema, um schwarze Stammwähler anzusprechen.

Und schließlich war die Fokussierung auf Sachthemen auch durch den Spitzenkandidaten bedingt, der nicht unbedingt als klassischer Vote Getter beschrieben werden kann und der sich wohl eher im Jazzclub als am Biertisch wohlfühlt.

Alles in allem war die Kampagne strategisch logisch und nachvollziehbar angelegt, schaffte es jedoch nicht, das für sie unerfreuliche Sicherheitsthema nachhaltig von der Wahlkampf-Agenda zu verdrängen. Aber immerhin: In einem Themenumfeld von Eberau bis Grenzeinsatz, in dem Hans Niessl konsequent die VP-Ministerin Fekter als Landesfeind Nummer 1 definierte, war es für die ÖVP alles in allem eine Leistung, nicht *mehr* zu verlieren, als 1,8 Prozentpunkte.

Für die burgenländische FPÖ hätte die Themenlandschaft im Wahlkampf eigentlich besser nicht sein können. Die Causa Eberau lieferte Johann Tschürtz und seiner Partei eine Steilvorlage. Folgerichtig drehte sich die blaue Kampagne dann auch um den Themenkomplex Heimat, Zuwanderung und Sicherheit.

¹ SORA Wählerstromanalyse

Die Wähler bekamen eine klassische FPÖ-Kampagne geliefert, von den Botschaften in Reimform bis zum Plakatdesign und dem zur Verstärkung von einigen Plakaten lächelnden Parteichef Heinz-Christian Strache. Unter dem Slogan „Das Burgenland gehört dir, dafür kämpfen wir“ formulierte die Partei Botschaften wie „Heimat schützen. Grenze dicht“, „Weil er für deine Sicherheit kämpft“ oder „Burgenländische Arbeitsplätze gehören dir, dafür kämpfen wir“. Zur Ansprache der jungen Zielgruppe gab es überdies einen etwas holprigen Werbespot, in dem Johann Tschürtz und Listenzweite Ilse Benkö eine Gruppe Jugendlicher im verdeckfreien BMW am Straßenrand auflesen. Der Clip erreichte auf Youtube Kultstatus.

Warum trotz günstiger Themenlage und Themensetzung in Bereichen, in denen die Partei glaubwürdig ist, kein zweistelliges Ergebnis erreicht werden konnte, liegt in erster Linie daran, dass im Wahlkampf auch Landeshauptmann Niessl das Thema Zuwanderung glaubwürdig und mit einer ähnlichen Positionierung wie Tschürtz vertrat. Es war also gar nicht „notwendig“, aus Protest gegen Zuwanderung zur FPÖ zu gehen, man konnte gleich den Landeshauptmann wählen, der seine Vorstellungen dann – im Wahlkampf noch mit absoluter Mehrheit – auch gleich umsetzen kann. Neben dem Volkstribunen Niessl brauchte es also keinen Volkstribunen Tschürtz mehr.

Die Grünen versuchten, sich als Gegengewicht zum Zuwanderungs- und Sicherheitsthema zu positionieren und so neben den eigenen Sympathisanten auch von der Kampagne Niessls verschreckte SPÖ-Wähler abzuholen. Mit dem zentralen Slogan „Menschlichkeit zählt. Nur mit uns.“ setzte die Partei auf das „Anti-Rechts“-Thema. Daneben wurde vor allem das Thema Umwelt angesprochen. Zudem gab es eine spezielle Jugendlinie zur Ansprache der jungen Zielgruppe.

Der Zusatz „nur mit uns“ fand sich auf allen Plakaten der Ökopartei wieder und sollte Grün-Sympathisanten klarmachen, dass jemand, der Grüne Inhalte gut findet, am Wahltag auch Grün wählen muss. Thematisch setzte die Partei mit Anti-Rechts und Umwelt jedoch wiederum nur auf Themen, die die grüne Kernwählerschaft ansprechen. Und diese ist im Burgenland mit seiner ländlichen Struktur seit jeher schwach vertreten. Maximal 5,2% erreichte die Ökopartei im östlichsten Bundesland in den letzten 20 Jahren. Zudem fand der Wechsel zum neuen Parteichef Michel Reimon an der Parteispitze verhältnismäßig kurz vor der Wahl statt. Reimon ist zwar als Stratege im Hintergrund langgedient, dem Großteil der Bevölkerung war der Quereinsteiger jedoch bis zur Ankündigung seiner Kandidatur unbekannt. Auch die Strategie, den unbekannteren Kandidaten in ein Team – in diesem Fall mit Grete Krojer und Julia Tinhof – zu stellen, konnte hier wenig Abhilfe schaffen.

Die große Unbekannte im Wahlkampf war die Liste Burgenland mit Manfred Kölly. Die Wahlplattform, die sich aus Dissidenten und Kandidaten quer durchs politische Spektrum zusammensetzte, mit den ehemaligen FPÖlern Manfred Kölly und Wolfgang Rauter aber eine blaue Schlagseite hatte, definierte sich als „nicht ideologisch“, also quasi als unabhängige Vertretung der Menschen abseits des klassischen Parteiapparats. Unter dem Slogan „Mit Herz & Hirn regieren“ forderte die Liste eine Stärkung der Gemeinden, einen sparsameren bzw. verantwortungsbewussteren Umgang mit dem Steuergeld und eine Arbeitsplatzförderung im Burgenland. Mit dieser Positionierung als Anti-Partei, die den klassischen Politikern „auf die Finger schaut“, schaffte die Namensliste knapp, aber immerhin doch, auf Anhieb den Sprung in den Landtag.

Politische Szenarien für Bund und Land

Landespolitische Auswirkungen

Die absolute Mehrheit als symbolisches Zeichen der SPÖ-Macht ist seit dem Wahltag zwar gebrochen, realpolitisch geht im Burgenland aber weiterhin nichts ohne die SPÖ mit ihren 18 von 36 Landtagssitzen. Zu Redaktionsschluss dieser Wahlanalyse steht die naheliegende Regierungskonstellation, nämlich ein formales Arbeitsübereinkommen zwischen Rot und Schwarz, kurz vor dem Abschluss, beide Parteichefs geben sich entschlossen, die Verhandlungen noch vor der konstituierenden Landtagssitzung am 24. Juni abzuschließen. Die Eckpunkte stehen bereits: Es sollen ein Finanzplan für die nächsten fünf Jahre und ein Doppelbudget für die nächsten zwei Jahre erstellt werden, da das Land in drei Jahren krisenbedingt 110 Millionen weniger an Steuermitteln erhalten wird. Auch der Landespolitik wurde aus Spargründen für heuer bereits eine Nulllohnrunde in Aussicht gestellt.

Im Regierungsteam bleibt alles beim Alten: Neben Hans Niessl und Franz Steindl besteht die Mannschaft auf SP-Seite weiterhin aus Helmut Bieler, Peter Rezar und Verena Dunst, auf ÖVP-Seite aus Michaela Resetar und Werner Falb-Meixner.

Veränderungen gibt es unterdessen bei den auf ein Mandat halbierten Grünen. Während Spitzenkandidat Reimon als Einzelkämpfer in den Landtag einzieht, kehren Klubobfrau Grete Krojer und Landessprecher Josko Vlasich nach einem Jahrzehnt wieder in den Lehrerberuf zurück. Michel Reimon will seine Partei bis zum Herbst neu aufstellen und in den nächsten Jahren verstärkt lokale Strukturen aufbauen.

FPÖ und LBL konnten sich mit dem Wahlergebnis nicht ganz anfreunden. Die FPÖ wollte ob des denkbar knappen Einzugs der LBL in den Landtag, der zulasten eines Mandats der FPÖ ging, eine Neuauszählung der Stimmen erwirken. Dieser Antrag wurde aber von der Landeswahlbehörde mittlerweile abgelehnt. Auch die LBL spielte mit dem Gedanken, die Wahl anzufechten, da zwei Personen auf der LBL-Liste am Wahlzettel falsch geschrieben waren. Durch den sehr knappen Einzug in den Landtag dürfte eine Anfechtung der Partei aber wohl zu riskant erscheinen. Überdies hätte sie wenig Aussicht auf Erfolg.

Effekte auf Bundesebene

Auf Bundesebene gingen in der Koalition nach der Wahl zwar kurz die Wogen hoch, eine längerfristige Wirkung ist jedoch nicht zu erwarten. Das liegt vor allem daran, dass sich für beide Großparteien weder ein klarer Sieg noch eine wirkliche Niederlage herauslesen lassen.

Der Bundes-SPÖ und ihrem Obmann Werner Faymann blieb der lang erhoffte und im Vorfeld bereits angekündigte Erfolg verwehrt. Das wäre für den nach einer Reihe von verlustreichen Wahlgängen bereits angeschlagenen Parteichef allein schon innerparteilich wichtig gewesen, und hätte dem Parteichef auch neuen Rückenwind für die Landtagswahlen in Wien und der Steiermark im Herbst gebracht. Andererseits kam die burgenländische SPÖ trotz ihrer Stimmenverluste mit 48,3% auf ein Ergebnis, von dem andere Landesparteien jeglicher

Couleur nur träumen können. Der in manchen Medien konstatierte herbe Rückschlag für die Partei kann aus diesem Ergebnis somit wohl auch nicht herausgelesen werden.

In der ÖVP hatte man in Anbetracht der Themenlage wohl schon mit einem schlimmeren Ergebnis gerechnet. Nach der Papierform könnten die Strategen in der Wiener Parteizentrale sogar zufrieden sein – die SPÖ hat die Absolute eingebüßt, die Mannschaft um Franz Steindl blieb unangefochten Nummer zwei – mehr wäre im traditionell roten Burgenland gar nicht zu erhoffen gewesen. Dennoch ist auch die ÖVP weit davon entfernt, eine sichere Ausgangsbasis für die zweite Hälfte der Legislaturperiode erreicht zu haben. Da für die Bürgerlichen im kommenden Wiener Wahlkampf selbst bei glücklichem Verlauf nicht viel zu holen sein wird, gilt nunmehr die ganze Aufmerksamkeit der Steiermark, in der Franz Voves und Hermann Schützenhöfer Kopf an Kopf liegen und ein Machtwechsel möglich erscheint. Schafft es die ÖVP, die Steiermark zurück zu holen, wäre das starker Rückenwind für Josef Pröll und würde zugleich SP-Chef Faymann parteiintern massiv schwächen.

Wie angesichts solcher Konstellationen zu erwarten war, verschärft sich nunmehr generell der Ton zwischen den Koalitionspartnern. Das burgenländische Wahlergebnis war hier eher ein Nebenschauplatz, lieferte aber den Auftakt. Der SP-Parteitag brachte bereits die nächste Verschärfung; Themen wie ÖBB, Mindestsicherung und Sparmaßnahmen werden bis zu den Urnengängen im Herbst weitere Anlässe liefern.

Stärkere Auswirkungen hatte das Wahlergebnis auf die Grünen. Nach einer Reihe von enttäuschenden Wahlergebnissen kommt Grünen-Chefin Eva Glawischnig immer stärker unter parteiinternen Druck. Die Ursachen für die Wahlniederlage bei der Parteichefin zu suchen greift aber zu kurz. Vielmehr sehen sich die Grünen einer Reihe struktureller Probleme gegenüber.

In den Ländern liegen diese vor allem in einer schwachen regionalen Verankerung. Das Burgenland ist ein sehr gutes Beispiel: von 171 Gemeinden ist die Partei lediglich in 20 vorhanden, die Gemeinderäte konnten von 2002 auf 2007 von neun auf lediglich 14 gesteigert werden. Zudem sind ländliche Regionen keine Gebiete, in denen die Grünen reüssieren können. Die ländliche Bevölkerung steht Grünen Vorschlägen und Ideen traditionell skeptischer gegenüber als die urbane Bevölkerung.

Ein weiteres Problem für die Partei ist die Wirtschaftskrise: Sichere Arbeitsplätze und Wachstum erhalten einen höheren Stellenwert als Umweltschutz. In solchen Zeiten muss eine Partei den Menschen erklären, warum man gerade sie wählen sollte. Damit tun sich die Grünen schwer. „Green Jobs“ werden zwar seit Jahren getrommelt, davon fühlt sich jedoch nur ein geringer Anteil der Bevölkerung angesprochen, der in diesem Sektor auch realistischere arbeiten könnte.

Überdies können die Grünen ihre Vorschläge seit Jahr und Tag nicht umsetzen – und das ist vielleicht das derzeit größte Problem der Partei. In turbulenten Zeiten tendieren die meisten Wähler zu einer Partei, die imstande ist, durchzugreifen und der sie zutrauen, sie durch die Krise zu führen. Die Grünen waren auf Bundesebene noch nie in Regierungsverantwortung, niemand kann sich konkret vorstellen, wie so etwas aussehen würde. Und die Zeiten, in denen man es sich „leisten“ konnte, eine Partei rein aus Sympathie oder wegen eines Nischenthemas zu wählen, scheinen zumindest bis auf weiteres vorbei.

Und schließlich wäre seit geraumer Zeit eine thematische Erneuerung der Partei notwendig. Die Grünen sind in einer paradoxen Spirale gefangen: Kritiker werfen ihnen vor, ausgerechnet in Zeiten des Klimawandels (oder der Ölkatastrophe) ihre Kernkompetenz „Umweltschutz“ zu vernachlässigen. In Wahrheit trommelt die Partei das Thema seit Jahren unablässig – die Vorschläge zur Energiewende sind da nur ein Beispiel. Doch sind die Vorschläge entweder zu wenig exklusiv – nachhaltige Energie und Klimaschutz werden schließlich von allen Parteien und der gesamten Industrie bis hin zur OMV propagiert – oder sie sind dort, wo sie die Probleme konkret angreifen, dann doch wieder zu radikal und sprechen nur die immer gleichen grünen Kernwähler an (Beispiel: PKW-Maut für Städte, Elektroautos).

Um den Sprung von einer Klein- zu einer Mittel- bzw. Großpartei zu schaffen, müssten die Grünen sich stärker bei „Mainstream-Themen“ positionieren, in erster Linie in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Will man die breite Masse ansprechen, müssen hier auch Lösungen für die breite Masse präsentiert werden. Auch die Themen Bildung und Wissenschaft/Universitäten können die Grünen glaubwürdig ansprechen, weiters würde das Thema Sanierung des Staatshaushalts einiges an freiem Positionierungsspielraum bieten. Sich hier auf drei, vier breitenwirksame Themen zu fokussieren, Lösungen anzubieten, die keine der anderen Parteien anbietet, und diese im Rahmen von Kampagnen konstant unter die Menschen zu bringen ist eine der großen Herausforderungen für die Partei.

Auch die FPÖ tut sich in der Wirtschaftskrise schwer. Wer erwartet hatte, dass die Partei in der Krise massenhaft unzufriedene Protestwähler anziehen würde, sollte überrascht werden. Obwohl die Krise das Land fest im Griff hat, stagniert die Partei – wie zuletzt auch im Burgenland – vor sich hin. Auch hier dürfte ein Teil der Erklärung darin liegen, dass der Partei – wiederum auch in Ermangelung einer Regierungsbeteiligung – nicht zugetraut wird, durch die Krise zu führen und die großen Probleme der Zeit (Ankurbelung der Wirtschaft, Schaffung von Arbeitsplätzen, Abbau der Staatsverschuldung) zu lösen. In der letzten Zeit hat sich die Partei zudem mit der Aufstellung von Barbara Rosenkranz für die Präsidentschaftswahl sowie mit dem Zusammenschluss mit dem Kärntner BZÖ (jetzt FPK) geschadet. Im Fall von Rosenkranz wurde ein Bild der FPÖ sichtbar, mit dem viele jüngere Wähler bei aller Sympathie für den „feschen HC“ nichts anfangen können. Die Allianz mit der FPK irritierte zum einen Stammwähler, die jahrelang gegen die „Kärntner Verräterpartei“ aufgehetzt worden waren, und hängte der FPÖ überdies das Langzeit-Skandalthema „Kärntner Hypo“ um den Hals.

Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen

Wie immer nach Landtagswahlen stellt sich für die Interessensvertretung von Unternehmen und Organisationen vor allem eine Frage: Wie wirkt das Ergebnis auf Tempo und Richtung der Bundespolitik? Hat die Regierung an Handlungsspielraum gewonnen? Fördert oder hemmt das Ergebnis die Bereitschaft, anstehende Entscheidungen zu treffen? Haben sich die Prioritäten und die vorherrschenden Issues verändert?

Landespolitische Ebene

Was das Burgenland selbst betrifft, so kann vor allem Kontinuität und Stabilität erwartet werden. Die Wahl hat weder die Kräfteverhältnisse noch die handelnden Personen verändert. Da der Wahlkampf sehr stark auf die Personen und auf das Thema „Sicherheit“ fokussiert war, gibt es auch keine schwierigen Wahlversprechen einzulösen. Der alte und neue Landeshauptmann Niessl hat sich lediglich festgelegt, den Assistenzeinsatz des Bundesheeres fortzusetzen – eine Maßnahme, die das Bundesbudget schmerzhaft belastet, für den Wirtschaftsstandort Burgenland jedoch nebensächlich ist.

Was die Standortpolitik in den nächsten fünf Jahren sehr wohl massiv verändern wird, ist die angespannte finanzielle Situation des Landes. Hier haben sich bevorstehende Veränderungen bereits abgezeichnet; nach der Wahl, spätestens mit der Erstellung des nächsten Budgets, werden sie schlagend. Das Burgenland hat eine lange Tradition der zentral geplanten und öffentlich finanzierten Entwicklung von Wirtschaftsstandorten und betrieb in der Vergangenheit intensiv die Ansiedlung von Unternehmen durch Förderungen. Bis 2006 hatte das Burgenland den Status eines Ziel-1-Gebiets der EU und kam dadurch in den Genuss besonders großzügiger Kofinanzierungen. Derzeit läuft noch bis 2013 das sogenannte Phasing Out-Programm, das einen sanften Übergang in eine Ära des selbstständigen Wachstums ermöglichen soll.

Vehikel für die Verteilung der Gelder ist die landeseigene Wirtschaftsservice Burgenland AG (WiBAG), die im Jahr rund 130 Millionen Euro allein an Fördermitteln verwaltet, dazu kommt der Betrieb von 4 Gewerbeparks und 6 Technologiezentren. Da die WiBAG bevorzugt Startfinanzierungen über Risikokapitalbeteiligungen einsetzt, ist sie an einer ganzen Reihe von Start-up-Unternehmen beteiligt, so auch an zahlreichen in den letzten Jahren errichteten Thermen.

Nun steht das Burgenland aber, wie alle österreichischen Bundesländer, vor Budgetproblemen. Rund 110 Millionen Euro müssen bis 2013 eingespart werden, das sind mehr als 10 Prozent eines Jahreshaushalts. Wie diese Ziele erreicht werden können ist derzeit noch völlig offen. Es liegt aber auf der Hand, dass das System der Wirtschaftsförderungen allein schon wegen des Auslaufens des EU-Geldsegens von Änderungen betroffen sein wird. Für Organisationen und Unternehmen mit Standortinteresse im Burgenland tut sich also ein Fenster für gezielte Public Affairs Maßnahmen auf: Die Standortpolitik wird sich voraussichtlich weniger an regionalen Notwendigkeiten als an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen orientieren, zudem wurde sowohl von LH Niessl als auch von VP-LH-Stv Steindl angekündigt, dass die Wirtschaftsförderung „internationaler“ werden soll.

Bundespolitische Ebene

Auf Bundesebene muss beachtet werden, dass im Burgenland lediglich die erste von drei wichtigen Landtagswahlen geschlagen wurde, und dass bei den beiden anderen Wahlen in der Steiermark und Wien für die Regierungsparteien weitaus mehr auf dem Spiel steht. Unverändert gilt daher, dass SPÖ und ÖVP im Hinblick auf die Wahlkämpfe im Herbst ihre jeweiligen Profile schärfen und unterschiedliche Positionen sichtbar machen müssen. Probleme, die wie zum Beispiel die Sanierung der ÖBB nur im Konsens gelöst werden können, werden daher voraussichtlich erst im Herbst den nötigen politischen Schub erhalten. Betreffend die Budgetsanierung haben Faymann und Pröll ja mehr oder weniger offen erklärt, dass sie bis nach der Wien-Wahl verschoben werde. Mit gutem Grund, denn dabei werden nicht nur „Belastungen“ diskutiert werden müssen. Vielmehr stehen Sparmaßnahmen an, die bisher stets an den Widerständen der Länder gescheitert sind – ein Beispiel dafür lieferte jüngst der steirische Landeshauptmann Franz Voves, der eine beginnende Debatte über eine effizientere Spitalstruktur im Keim erstickte. Auch die vom Rechnungshof geforderte Pensionsreform bei den Landesbeamten wird wohl erst im Oktober ernsthaft begonnen werden.

Allerdings darf dieser scheinbare Stillstand nicht mit politischer Untätigkeit verwechselt werden, wie das in der Boulevardpresse mitunter der Fall ist. In den Kabinetten der relevanten Ministerien werden sehr wohl schon jetzt Konzepte vorbereitet. Jede Public Affairs-Strategie muss deshalb davon ausgehen, dass beide Regierungsparteien weiterhin potenziell kontroverse Themen nur mit Zurückhaltung aufgreifen werden, dass aber andererseits ab Oktober 2010 die Konsolidierung des Bundesbudgets (inklusive entsprechender Sparmaßnahmen bei den Ländern) bei gleichzeitigem Erhalt des Wirtschaftswachstums absoluten Vorrang haben wird. Daher kann die jetzige Phase genutzt werden, um Interessen und Anliegen bei den relevanten politischen Stellen einzubringen – die Chance auf Durchsetzung hängt vor allem von budgetären Konsequenzen ab.

Die bundesweite **Themenkonjunktur** wurde durch die Burgenlandwahl nur unwesentlich verändert. Zwar rückte der Issue-Komplex rund um Zuwanderung, Kriminalität und Ausländer durch die Debatte um Eberau und um den Assistenzeinsatz ein wenig auf der Agenda nach oben. Diese Aufwertung war aber nicht nachhaltig. Die Nachteile, die dem Standort Österreich aus dem hohen Niveau an Feindseligkeit gegenüber jeglicher Zuwanderung erwachsen, bestehen schon seit längerem und werden durch das Wahlergebnis wohl nicht verändert werden – die Rede ist von den Problemen mit der Zuwanderung von Spitzenkräften und Wissenschaftlern, der Förderung der internationalen Mobilität von jungen Menschen und dem gesellschaftlichen Klima insgesamt, das den Aufenthalt in Österreich für Manager und Wissenschaftler, die z.B. aus afrikanischen oder arabischen Ländern stammen, nicht immer angenehm macht.

Unverändert hält sich auch ein von wirtschaftsfeindlichen Tönen begleiteter Populismus von links. Er hat im Burgenland-Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle gespielt, doch ist zu erwarten, dass im Vorfeld der Wiener und vor allem der steirischen Wahl die Rhetorik sich wieder stärker gegen die Banken, die Börsen und die Finanzmärkte richtet. Auch hohe Managergehälter werden weiterhin Zielscheibe politischer Angriffe sein. Aus Public Affairs-Sicht bewirkt die Prävalenz dieser Issues, dass Unternehmen aus diesen Bereichen verstärkt auf ihr Reputation Management achten müssen – penibel erledigte Hausaufgaben im Bereich Corporate Governance und gesellschaftlicher Verantwortung bieten die beste Vorsorge.

Abseits populistischer Forderungen gewinnen Themen des sozialen Ausgleichs und der sozialen Sicherheit an Bedeutung, wogegen die Issues „Wettbewerb“, „Liberalisierung“, „Marktwirtschaft“ in den Hintergrund rücken. Ebenso sind die Aussichten auf Privatisierungen von Staatsunternehmen weiterhin gering.

Die Autoren



Mag. Alexandra Siegl, MSc

ist Consultant bei Peter Hajek Public Opinion Strategies. Die Meinungsforscherin ist spezialisiert auf die Schwerpunkte Demoskopie, politisches Marketing und Microtargeting. Alexandra Siegl studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und politische Kommunikation an der Donauuniversität Krems.



Dr. Peter Hajek

ist geschäftsführender Gesellschafter der Peter Hajek Public Opinion Strategies. Der Meinungsforscher und Politologe verfügt über internationale Erfahrung als Berater in Österreich, Deutschland und bei den UN in New York. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Markt- und Meinungsforschung und Strategieberatung. Er hat Lehraufträge an der Uni Wien, an der Uni Klagenfurt und der Donauuniversität Krems.



Walter Osztovcics

ist Politikberater und Partner von Kovar & Köppl. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur der deutschen Wirtschaftswoche und in Österreich bei Format, Kurier und der Wochenpresse.